

Die Schule ist demokratisch. Und die Erde eine Scheibe.

*„In Erfüllung ihres Auftrages erzieht die Schule zur **Selbstbestimmung** in Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen, zur Anerkennung ethischer Normen, zur Achtung vor der Überzeugung anderer, zur **Bereitschaft, die sozialen und politischen Aufgaben eines Bürgers im freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu übernehmen**, und zur verpflichtenden Idee der Völkergemeinschaften. Sie führt zu **selbständigem Urteil, zu eigenverantwortlichem Handeln** und zur Leistungsbereitschaft; sie vermittelt Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Orientierung in der modernen Welt zu ermöglichen, Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt zu fördern sowie zur Erfüllung der Aufgaben in Staat, Gesellschaft und Beruf zu befähigen.“ (§1,1 des Landesgesetzes über die Schulen in Rheinland-Pfalz, Stand 06.03.2003)*

Im ersten Paragraphen des Schulgesetzes ist von Erziehung zur Selbstbestimmung, zu Bereitschaft, politische Aufgaben zu übernehmen, zu selbständigem Urteil und eigenverantwortlichem Handeln die Rede. In der Realität jedoch ist davon wenig zu sehen. SchülerInnenvertretungen haben bei allen den Schulalltag betreffenden Entscheidungen nur beratendes Stimmrecht. Sie haben also keine reale Möglichkeit in den Schulalltag einzugreifen, wenn sie nicht die Gunst des Lehrerkollegiums auf ihrer Seite haben.

Eines der wichtigsten Prinzipien der Demokratie ist, dass die Mehrheit entscheidet, was Sache ist. Wenn mensch sich mal den Schulalltag genauer anguckt, ist dort von diesem Prinzip nicht viel zu spüren. Die Vertretung der Schülerinnen und Schüler, kurz: SV, ist meist nur dazu da, Feste und den eventuellen Schulgarten zu verwalten, obwohl sie die Mehrheit der an der Schule Beteiligten vertritt. Im Gegensatz dazu hat der Direktor, teilweise eingeschränkt durch das LehrerInnenkollegium, in den entscheidenden Fällen das Sagen. Dabei sind weder die LehrerInnen noch die Schulleitung von den Schülern gewählt.

Aber nicht nur dieses Prinzip wird verletzt, mit dem Betreten des Schulgeländes geben die zu Beliehenden einen Teil ihrer Menschenrechte ab. Sie werden notfalls mit Polizeigewalt dazu gezwungen, die Institution für 9 Jahre mindestens zu besuchen, die Lehrperson entscheidet, ob der Gang zur Toilette genehm ist oder nicht. Die Gesprächsleitung wird ebenfalls von der Lehrperson übernommen, vollkommen willkürlich wird Leuten erlaubt zu reden, anderen wird der Mund verboten, andere werden gezwungen etwas zu einem Thema zu sagen. Das Gesprächsthema selbst ist ebenfalls nicht von den Betroffenen gewählt, ebenso wenig die Dauer der Diskussion. Das Recht auf Meinungs- und Bewegungsfreiheit wird also ziemlich eingeschränkt. Die Aufmerksamkeit der SchülerInnen wird teilweise erzwungen; Beschäftigungsmöglichkeiten, die vom Frontalunterricht ablenken, werden konfisziert oder verboten.

Je älter die zu Erziehenden werden, desto sanfter wird die Kontrolle, sie ist aber auch noch in der Oberstufe gegeben. Denn letztendlich entscheidet die Lehrperson mittels Tadeln und vor allem durch Noten, welche berufliche und damit soziale Zukunft dem Betroffenen offen steht.

Das Dilemma der SV-Arbeit beginnt schon im Kleinen: die gewählten Klassensprecher können bei auftretenden Problemen Gespräche mit der Vertrauenslehrerin vermitteln oder sich beschweren. Genauso sieht es mit den SchülerInnensprecherInnen aus. SV-Arbeit und deren Möglichkeiten sind meist auch nicht Unterrichtsthema, so bleibt den meisten verschlossen, dass die Klassensprecherin oder der Klassensprecher bei der Klassenstunde – sofern diese überhaupt genehmigt



wird – die Lehrperson aus dem Raum ausschließen darf. Da dieses Wissen allerdings nicht vermittelt wird und die Rechte der SV nicht über Beratung und Vermittlung hinausgehen, interessiert sich auch kaum jemand dafür. Wenn sich eine SV trotz dieser Hürden kritisch mit der Schulsituation befasst, läuft sie gegen eine Wand; sie darf und kann zwar mit der Schulleitung reden, Einfluss auf Entscheidungen hat sie aber nur selten.

Bei größeren Problemen kann sie den Schulausschuss anrufen, dieser besteht zu gleichen Teilen aus LehrerInnen, Eltern und Schülern. Es ist, wenn mensch die Schule als geschlossenes System betrachtet, auch fraglich, warum die Eltern, die im sonstigen Schulalltag keine Rolle spielen, in einem ziemlich wichtigen Gremium so viel Stimmrechte haben; SchülerInnen, die die zahlenmäßig größte Gruppe stellen, für welche die Schule überhaupt existiert, werden meist von Eltern und Lehrpersonen überstimmt. Selbst wenn die eine Gruppe mit der SV zusammenarbeitet, ist diese Zusammenarbeit immer von dem Wohlgefallen einer Minderheit abhängig und somit undemokratisch.



Insgesamt fällt also auf, dass eigentlich alle Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft dort verletzt werden, wo Leute laut Schulgesetz zu eigenständigen und verantwortungsvollen Menschen erzogen werden sollen. Dass es dann mit der Zivilcourage nicht so klappt, ist irgendwie kein Wunder.

Die einzige Form der Mitbestimmung für SchülerInnen gibt es im Schulausschuss. Und dort können sie nur über wenige Dinge, wie Disziplinarmaßnahmen an MitschülerInnen und die Empfehlung eines Schulleiters an die zuständige Schulbehörde, entscheiden, jedoch nicht über alltägliche Dinge, wie: Wie wird der Unterricht grundsätzlich gestaltet? Wann fängt die Schule an? Was wollen wir lernen?

Doch nur wenn SchülerInnen von Anfang an Demokratie als funktionierend und selbstverständlich erleben – und eben nicht nur im Sozialkundeunterricht vorgestellt bekommen – kann man auch erwarten, dass sie so etwas als Grundlage für einen Staat verstehen.

„Demokratie als Thema im Unterricht – das ist so, wie Ferienkataloge im Gefängnis zu lesen.“ [frei nach unbekannt]

Wenn SchülerInnen von Anfang an auch im Unterricht Partizipation als die „Super-Chance“ vermittelt wird, die sie ist, kann Schule einen Rahmen für einen tollen Lebensraum für alle bilden.

Um auf diese Problematik aufmerksam zu machen und die Diskussion um richtige oder zumindest mehr Demokratie an rheinland-pfälzischen Schulen wieder in Gang zu bringen, führen wir folgende Aktion aus: Für den

landesweiten Aktionstag am Dienstag, 31. Mai 2005

rufen wir alle SVen in Rheinland-Pfalz dazu auf, ein Schild mit der Aufschrift:

„Achtung! Mit dem Betreten des Schulgeländes verlassen Sie den demokratischen Sektor der Bundesrepublik Deutschland.“

am Eingang oder vor ihrer Schule aufzuhängen und diesen Flyer dabei zu verteilen.

Wir hoffen, dass sich viele lokale SVen an der Aktion beteiligen, damit wir gemeinsam deutlich machen, dass Demokratie nicht am Schultor endet!

LSV

LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz

LSV | Kaiserstraße 26-30 | 55116 Mainz | 06131-238621
info@lsvrlp.de | www.lsv-rlp.de

